

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Hannes Damm, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **LNG-Terminal Rostock - Anbahnung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Die GAZPROM Germania GmbH, eine Tochtergesellschaft der OOO Gazprom Export, diese wiederum eine Tochtergesellschaft der OAO GAZPROM, plante im Überseehafen Rostock in den Jahren vor 2018 ein Small Scale LNG HUB.  
Wie erfolgte hier die Projekt-Anbahnung des geplanten LNG-Terminals in Rostock?
  - a) Welche Kontakte gab es hierzu zwischen der Landesregierung und Vertretern des GAZPROM-Konzerns oder mit diesem verbundenen Unternehmen (z. B. GAZPROM Germania GmbH) (bitte nach Art, z. B. Treffen, Telefonat, E-Mail, und Datum des Kontaktes, den Beteiligten und Inhalt/Ergebnissen auflisten)?
  - b) Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die Umsetzung des Projektes der GAZPROM Germania GmbH zu realisieren?
  - c) Welche Unterlagen liegen der Landesregierung und den nachgeordneten Behörden zum Terminal vor (bitte Titel, eine Kurzbeschreibung des Inhalts und Datum des Erhalts angeben)?

2. Anlässlich des Russlandtages wurde am 17. Oktober 2018 ein Pachtvertrag mit Rostock LNG GmbH (heute Rostock Energy Terminal GmbH) und einem dem russisch-belgischen Joint Venture, bestehend aus JSC Novatek und Fluxys Germany Holding GmbH, unterschrieben.  
Waren Vertreter des GAZPROM-Konzerns oder mit diesem verbundenen Unternehmen (z. B. GAZPROM Germania GmbH) bei der Anbahnung des geplanten LNG-Terminals der Rostock LNG GmbH involviert?
  - a) Wenn ja, warum?
  - b) Zu welchem Zeitpunkt hatte GAZPROM Germania GmbH ihre Bemühungen zur Umsetzung ihres LNG-Terminals aufgegeben?
  - c) Welche Gründe zur Aufgabe des Projektes sind der Landesregierung bekannt?
3. Die Rostock LNG GmbH (heute Rostock Energy Terminal GmbH), eine Tochtergesellschaft der SC Novatek und Fluxys Germany Holding GmbH, plant im Überseehafen Rostock ein Medium Scale LNG HUB.  
Wie erfolgte hier die Projekt-Anbahnung des geplanten LNG-Terminals in Rostock?
  - a) Ist der Landesregierung bekannt, warum Novatek in das LNG-Terminal in Rostock investieren wollte und falls ja, warum?
  - b) Welche Treffen gab es hierzu zwischen der Landesregierung und Vertretern der JSC Novatek, Fluxys Germany Holding GmbH, Rostock LNG GmbH oder mit diesem verbundenen Unternehmen (bitte Datum der Treffen, die Beteiligten und den Inhalt des Treffens auflisten)?
  - c) Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die Umsetzung des Projektes der Rostock LNG GmbH zu realisieren (z. B. Bereitstellung von Flurstücken, Unterstützung bei der Fördermittelakquise)?
4. Warum hat die Rostock LNG GmbH (heute Rostock Energy Terminal GmbH) den Zuschlag im Teilnahmewettbewerb zum Betrieb eines LNG-Terminals auf der „Fläche 29 Süd“ im Rostocker Hafen erhalten?
  - a) Musste für den Zuschlag dargestellt werden, aus welchen Quellen das LNG künftig für das Terminal stammen soll und falls ja, welche Quellen wurden angegeben?
  - b) Wer war an den Verhandlungen zum Pachtvertrag vonseiten der Landesregierung sowie vonseiten der Unternehmen und Investoren beteiligt?
5. Inwieweit war die Landesregierung in den Anteilsverkauf der Gesellschafterinnen Fluxys Germany Holding GmbH und JSC Novatek an der Rostock LNG GmbH an die Barmalga GmbH eingebunden?  
Ist der Landesregierung bekannt, zu welchem Preis und unter welchen Bedingungen diese veräußert wurden?
6. Hat die Landesregierung den Anteilsverkauf zum Anlass genommen, die bereits erteilte Genehmigung für das geplante LNG-Terminal in Rostock bzw. den neuen Investor Barmalga erneut zu überprüfen?
  - a) Falls ja, was waren die jeweiligen Ergebnisse dieser Prüfungen?
  - b) Falls nicht, warum fanden keine erneuten Überprüfungen statt?

7. Hat die Landesregierung nach der russischen Invasion in der Ukraine überprüft, woher das Gas für das geplante LNG-Terminal in Rostock stammen soll?
  - a) Falls ja, inwieweit und welche Konsequenzen haben sich hieraus ergeben?
  - b) Falls nicht, warum nicht?
  
8. Hat die Landesregierung geprüft, ob beteiligte Akteure der eingebundenen Unternehmen und oder sonstige Vertreterinnen bzw. Vertreter Sanktionen der Europäischen Union unterliegen?

**Hannes Damm, MdL**